

# Laibacher Zeitung.



Nr. 14.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganz. fl. 11, halbj. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganz. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Samstag, 18. Jänner

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 90 kr., 3mal 1.20; sonst je Zeile 1mal 60 kr., 2mal 90 kr., 3mal 1.20. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 50 kr.

1873.

## Amtlicher Theil.

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit den betheiligten anderen k. k. Ministerien den Herren Joseph Rantl und Dr. Ferdinand Gnädinger die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma „Allgemeine österreichische Glasfabrik- und Chamotte-Erzeugungs-Actiengesellschaft“ mit dem Sitze in Wien erteilt und deren Statuten genehmigt.

Der Minister des Innern hat auf Grund der erhaltenen Allerhöchsten Ermächtigung und im Einvernehmen mit den betheiligten anderen k. k. Ministerien den Herren Dr. Gustav Kohn, Adolf Kuka und Josef Graf die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma „Allgemeine österreichische Montanbank“ mit dem Sitze in Wien erteilt und deren Statuten genehmigt.

## Nichtamtlicher Theil.

### Zur Wahlreform.

Am 15. Jänner l. J. nahm das Abgeordnetenhaus des österreichischen Reichsrathes nach vierwöchentlicher Pause seine parlamentarischen Arbeiten wieder auf. Die verfassungstreuen wiener Blätter weisen auf die wichtigen Aufgaben hin, welche in dem nunmehrigen Sessionsabschnitte ihrer Erledigung harren, und knüpfen daran die Zuversicht, daß das Resultat der parlamentarischen Verhandlungen der Machtstellung und der fortschreitenden Consolidierung unseres Staatswesens zugute kommen werde. Was insbesondere die Wahlreform angeht, so constatieren die Blätter, daß die Abgeordneten den Verhandlungen hierüber mit Zuversicht entgegensehen und immer allgemeiner die Ueberzeugung sich Bahn breche, daß hierbei nicht eine hergebrachte Form, sondern die Rücksichtnahme auf die staatlichen Bedürfnisse und die Eigenart unserer staatlichen Zustände maßgebend sein dürfe.

Auch die vorgeschrittensten Liberalen — schreibt die „Presse“ — seien entschlossen, unter Wahrung ihres theoretischen Standpunktes für die Wahlreform, wie sie geboten wird, im großen und ganzen entschieden einzutreten, wenn sie auch in betreff einzelner ihr Kronland berührenden Details diesen und jenen Wunsch auf dem Herzen haben und zur Geltung bringen werden. Eine der Vorlage gleich freundliche Haltung dürfe man bei den gemäßigtteren Führern des großen Kerns der Verfassungspartei voraussetzen. Die eingehenden Verhandlungen, die seit dem Bekanntwerden der Grundzüge der Regierungsvorlage zwischen dem Ministerium und den Abgeordneten gepflogen wurden, hätten nach mehr als einer Richtung hin die Sache gefördert und geklärt.

Die „Tagespresse“ spricht die Zuversicht aus, daß das zu schaffende Werk für alle Zukunft sich als eine wohlgefügte und gefestigte Grundlage unserer Legislative erweisen werde, und hofft gleichwie das „Fremdenblatt“, welches auf den günstigen Verlauf der zwischen der Regierung und den Abgeordneten einzelner Länder gepflogenen Verhandlungen hinweist, auf eine beschleunigte parlamentarische Erledigung der Wahlreformvorlage.

Der gleichen Zuversicht gibt das „Neue Fremdenblatt“ Ausdruck, dem jene Behandlungsweise des Gesetzes im Reichsrathe als die würdigste und nützlichste erscheint, die dasselbe am raschesten seiner Erledigung zuführe, und gründet diese seine Zuversicht auf das allseitig empfundene Bedürfnis, aus dem sterilen Gebiete erschöpfter Discussionen auf das Feld fruchtbringenden, realen Handelns zu gelangen und auf den Geist der Mäßigung und klugen, nüchternen Ermägung, von dem sich alle an dem wichtigen Werke der Consolidierung thätigen Factoren von allem Anfange an befeelt erwiesen haben.

Die „Presse“ meldet überdies über den Erfolg der Besprechungen mit den Abgeordneten aus Galizien über die Wahlreformfrage Folgendes: „Das Ministerium, welches bereits im Besitze der kaiserlichen Genehmigung für die Änderungen an der Wahlreform-Vorlage sein dürfte, ließ an die Polen die Einladung ergehen, in das Galizien betreffende Laborat einzisicht zu nehmen und hierüber mit der Regierung Rücksprache zu halten. Welche Antwort die Polen gaben, ist uns gegenwärtig noch nicht bekannt; sie scheint übrigens noch nicht erteilt worden zu sein. Minister Unger verhandelte mit Grocholost und Zyblikiewicz, die, nach den vorhandenen

Anzeichen zu schließen, zwei verschiedene Strömungen im polnischen Lager repräsentieren. Als Träger der einen der Extremen ist gegenwärtig Dr. Zyblikiewicz anzusehen, der zur Action drängt und seine Collegen zum Austritte aus dem Reichsrathe zu bewegen sucht. Mit welchem Erfolge dies geschieht, muß demnächst offenkundig werden, da der Polenklub unmittelbar vor der Entscheidung steht. Dieselbe wird die Regierung, sie möge wie immer ausfallen, keinesfalls unvorbereitet treffen und speciell die Einbringung der Wahlreform in der nächsten oder zweitnächsten Sitzung des Abgeordnetenhauses nicht hindern können.“

Die „Bohemia“ bemerkt über die angeregte Frage der en bloc-Aannahme des Wahlreform-Gesetzes: „Zu allen anderen Momente hätte noch die Rücksicht auf das Herrenhaus zu treten, welches sich zu einer reiflichen Durchberatung des Gesetzes auch einige Zeit wird gönnen wollen, und die ihm umsoweniger wird verwehrt werden können, als die Vertreter der ersten Kammer ihren Einfluß auf alle Details des Entwurfes nicht in dem Grade wie die des Abgeordnetenhauses geltend machen konnten. Allein auch in diesem Hause ist eine thuklichst rasche Erledigung des Entwurfes beabsichtigt und werden aus diesen Kreisen schon heute Stimmen laut, welche die Ansicht vertreten, daß das Herrenhaus das Schwergewicht seines Votums nur in den prinzipiellen Punkten des Entwurfes geltend zu machen habe, in den eigentlichen Details jedoch sich den Abmachungen zwischen Regierung und den Vertretern der einzelnen Kronländer anschließen werde. Nachdem jedoch auch die Mitglieder des Herrenhauses den Grundprinzipien des Entwurfes in der ersten Conferenz zustimmten, so ist auch von dieser Seite ein rascher Abschluß zu gewärtigen. Wie die Dinge stehen, hängt es nur von dem Abgeordnetenhause ab, daß bis zur zweiten Hälfte des Monats Februar der Wahlreformentwurf zum Gesetze geworden sei.“ Und in der That, ein neues Februarpatent würde auch schon dem Namen nach den Kreis staatsrechtlicher Wirren schließen, zu welchen das erste durch seinen Fehlgriff in der Feststellung der Beziehungen von Land und Reich geführt hat.“

### Zur Affaire Gramont-Benst.

Der „Pester Lloyd“ ist der Ansicht, daß mit der Veröffentlichung der Briefe des Grafen Benst an den Herzog Gramont und den Fürsten Metternich die Erörterung über Oesterreichs Stellung zu Anfang des deutsch-französischen Krieges als geschlossen anzusehen sei. Wir reproducieren den Schluß dieser Ausführung: „Der Herzog von Gramont hat allerdings noch die Veröffentlichung einiger Biecen seiner Sammlung in Aussicht gestellt, und unter diesen scheint er einem Vertragsentwurfe, den er damals Oesterreich-Ungarn vorgelegt, besonderen Werth zuzuerkennen. Aber man darf wohl annehmen, daß auch bezüglich der vorausgesetzten Beweiskraft dieses Schriftstückes ein kleiner Irrthum mit unterlaufen wird. Das Document wird ganz sicher außer Zweifel stellen, daß Frankreich die Abschließung eines Sänz- und Trugbündnisses mit Oesterreich-Ungarn gewünscht hat, aber es wird kaum zur Erhärtung der Angabe beitragen, daß diesem Werben mit gleichem Eifer und gleichem Entgegenkommen von Seite des letzteren entsprochen worden sei. Daß Frankreich sehr weit ging in seinen Anerbietungen, weiß jedermann. Vergebens wird man nach festen Anhaltspunkten dafür suchen, daß diese Anerbietungen die Politik des wiener Cabinetes aus ihrer Reserve hervorzuholen vermochten.“

Es gibt allerdings politische Kreise, denen selbst diese Reserve nicht ausreichend erscheint. Oesterreich-Ungarn hätte Frankreich noch rücksichtsloser, noch verlegender von sich weisen, noch offener, noch unzweideutiger für Preußens Partei ergreifen sollen, als dies durch die Thatsache der Neutralität geschah. Den Siegespreis für diese Politik hat man anzugeben vergessen. Desto unzweifelhafter hätte sich die Rechnung im Falle eines Sieges der französischen Waffen gestellt. Mit anderen Worten, unsere Politik Frankreich gegenüber war damals, wie die Jahre von 1866 herwärts eine ganz genau vorgezeichnete. Die Fühlung mit Frankreich mußte so weit reichen, daß es dadurch gehindert wurde, andere Allianzen zu suchen; daß es insbesondere gehindert wurde, eine Verständigung mit Preußen einzugehen, welche ihre Spitze gegen Oesterreich gerichtet hätte. Jene Fühlung dürfte aber die Monarchie nicht den Abenteuern gemeinsamer Actions-Entwürfe, nicht den Gefahren des Krieges preisgeben. Wer den Maßstab dieses einfachen politischen Urtheiles an die Ereignisse anlegt, dem wird ihre Pragmatik

überall verständlich sein, mag immerhin das flüchtige Wort der einen oder der andern Depesche, die weniger besonnene Haltung des einen oder des andern Repräsentanten Widersprüche in unwesentlichen Einzelheiten herauszustellen scheinen.“

## Reichsrath.

### 53. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 15. Jänner.

Präsident Ritter v. Hopfen eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 40 Minuten.

Auf der Ministerbank: Se. Durchlaucht Ministerpräsident Fürst Auersperg, Ihre Excellenzen die Minister Freiherr v. Caffer, Dr. Banhans, Dr. v. Stremayr, Dr. Glaser, Dr. Unger, Freiherr v. Pretis, Oberst Horst.

Der Abgeordnete aus Vorarlberg Bischof Amberg hat sein Mandat niedergelegt.

Es gelangt der Einlauf zur Verlesung, und zwar:

Eine Zuschrift des Ministeriums des Innern, mittelst welcher der Gesetzentwurf, betreffend „die Pensionsbehandlung der Mitglieder, der Mannschaft der uniformierten Civilsicherheitswache, der Civilpolizeiwache und des Polizeiagenteninstitutes vom Inspector abwärts und ihrer Witwen und Waisen“ vorgelegt wird.

Eine Zuschrift des Finanzministeriums, betreffend nachträgliche Erhöhungen im Theilvoranschlage pro 1873 für das Ministerium des Innern und den Reichsrath.

Eine weitere Zuschrift desselben Ministeriums betrifft die Vorlage eines Gesetzentwurfes „rückichtlich der Abänderung der Bestimmungen über die Gebühren von Ankündigungen und Einschaltungen in periodischen Schriften, dann in Ankündigungs- und Anzeigeblättern“ sammt Motivenberichten.

Endlich bringt das Finanzministerium zur Kenntnis des Hauses, daß Se. Majestät dem Gesetzentwurfe, betreffend die Forterhebung der Steuern und Abgaben in der Zeit vom 1. Jänner bis Ende März 1873 die Allerhöchste Sanction zu erteilen geruht haben.

Es wird nach Mittheilung der eingelangten Petitionen zur Tagesordnung übergegangen und wird die Regierungsvorlage, betreffend den Gesetzentwurf über die Regelung der Bezüge der activen Staatsbeamten und Diener, dem Finanzausschusse zugewiesen. Bezüglich des Gesetzentwurfes, betreffend die Herstellung einer Eisenbahn von Spalato nach Ruin nebst Abzweigungen, wird beschlossen, denselben einem aus dem ganzen Hause zu wählenden Ausschusse von 9 Mitgliedern zuzuwiesen.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Lesung der Regierungsvorlage, betreffend den Entwurf eines Gesetzes, „womit die neuerlich erfolgte Repartition der zur Erhaltung des stehenden Heeres (Kriegsmarine) und der Ersatzreserve vereinbarten Rekrutencontingente genehmigt und die Aushebung derselben im Jahre 1873 bewilligt wird.“

Berichterstatler Seidl trägt den Bericht vor, und wird hierauf das Gesetz ohne Debatte in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Lesung des Antrages wegen Ermäßigung des Tarifes für Geld- und Fahrpostsendungen.

Dr. Ritter v. Leitenberger erstattet den Bericht und stellt namens des Finanzausschusses den Antrag, es möge folgende Resolution beschlossen werden:

„Die hohe Regierung wird aufgefordert, das gesammte Brief- und Fahrpost-Tarifswesen einer eingehenden Revision im Sinne der möglichsten Gleichstellung mit den Brief- und Fahrposttarifen des deutschen Reiches zu unterziehen und deren Resultate ehemöglichst in Durchführung zu bringen.“

Diese Resolution wird ohne Debatte angenommen.

Die nächste Sitzung wird auf nächsten Dienstag 11 Uhr anberaumt.

### Der ungarische Reichstag

wird sich in erster Linie mit der Budget- und Bankfrage beschäftigen. Der „P. L.“ meint: „In der Budgetdebatte könne es zu sehr eingehenden und lehrreichen Erörterungen kommen die dann hoffentlich auch von recht heilsamen praktischen Folgen begleitet sein werden, — aber zu einer ernstlichen Meinungsverschiedenheit insbesondere zwischen der Regierung und der Majorität, von welcher sie unterstützt wird, würden dieselben nimmermehr führen können. In jedoch einmal die Budgetdebatte vorüber, — dann,“ sagt das Blatt weiter, „dürfte es unter den noch in dieser Session zur Ver-

handlung kommenden Angelegenheiten nur noch eine einzige geben, die etwas kritischer Natur ist oder mindestens zu sein scheint — die Bankfrage. Der Ministerpräsident und der Finanzminister sind schon vor einigen Tagen aus Wien zurückgekehrt, aber über die Resultate ihrer dortigen Besprechungen bezüglich der Bankfrage ist noch immer tiefes Dunkel gelagert. Und dennoch muß mindestens zwischen den beiden Regierungen eine Einigung hinsichtlich aller prinzipiellen Fragen bereits stattgefunden haben, da schon am 14. d. M. die Commissarien beider Regierungen zusammentreten sollen und vernünftigerweise doch nicht anzunehmen ist, daß die beiden ungarischen Sectionsräthe ebenso wie ihre österreichischen Kollegen in die gemeinsame Sitzung nichts weiter mitbringen, als je einen leeren Bogen Papier, auf welchen sie schreiben können, was ihnen beliebt. Die Emission dieser Commissäre kann unseres Erachtens keinen anderen Zweck haben, als im Detail zu formulieren, was von den beiden Ministern im Principe angenommen wurde, und so muß, wenn die Logik heute überhaupt noch etwas gilt, den Zusammentritt dieser Commissäre wohl zu der Voraussetzung berechtigen, daß zwischen den beiden Regierungen eine prinzipielle Einigung bereits erzielt worden ist. Da aber der ungarische Finanzminister selbstverständlich nichts zugestehen konnte, was mit der vom Abgeordnetenhaus angenommenen Tresfort'schen Resolution im Widerspruche steht, so müssen die in dieser Resolution niedergelegten Prinzipien wohl auch die Zustimmung des österreichischen Finanzministers gefunden haben. Damit aber wäre dann auch die wesentlichste Schwierigkeit beseitigt; es würde dann auch im Interesse der österreichischen Regierung liegen, die Nationalbank zur Annahme der zwischen beiden Ministerien vereinbarten Bedingungen zu bewegen, und falls dies nicht gelingen sollte, müßte wohl auch von österreichischer Seite zugegeben werden, daß wir uns nicht nur in unserem vollen Rechte befinden, sondern auch einer nicht von uns herbeigeführten Nothwendigkeit gehorchen, wenn wir die Lösung der Bankfrage ohne die Nationalbank versuchen."

### Ueber das Ministerium Roon

bringt der „Berliner Correspondent“ folgende Mittheilung: „Die liberalen Kreise sehen dem Vorgehen des Ministeriums Roon mit großer Ruhe entgegen. Graf Roon wird, wie man sieht, als Ministerpräsident ziemlich leicht genommen; vorläufig hat er jedoch in einer Frage wenigstens seinen Willen durchgesetzt. Wie es heißt, hat sich in dem letzten Ministerrath, in welchem bekanntlich der Gesetzesentwurf über die Civilehe fiel, Graf Roon dahin ausgesprochen, daß er sich höchstens zu einem Gesetze, welches die Noth-Civilehe einführt, entschließen könne, ein Standpunkt, der selbst dem Grafen Bismarck zu weit nach rechts zu gehen schien, denn dieser sprach sich für die facultative Civilehe aus, ein Standpunkt, welchen angeblich Fürst Bismarck auch theilen soll. Die übrigen Minister hatten sich schon früher für die obligatorische Civilehe ausgesprochen und hielten auch an diesem Standpunkte fest, aber obgleich sie die Mehrheit bildeten, so fiel der Gesetzesentwurf doch, ein Beweis, daß Graf Roon es mit seinem Vorsitz im Ministerrath sehr ernst nimmt und nicht daran denkt, den Stuhl des Grafen Bismarck präfidieren zu lassen. Nun gehört freilich die Institution der obligatorischen Civilehe zu jenen reifen Äpfeln,

welche unter allen Umständen bald abfallen; jedenfalls handelt es sich hier nur um eine Frage der Zeit, und zwar um eine Frage von Wochen, höchstens Monaten. Aber gekämpft wird mit dem Ministerium Roon werden müssen — das steht doch immerhin fest.“

### Ein neues Manifest.

Napoleon III. war kaum vierundzwanzig Stunden todt und schon am 10. d. erschien in einer Extra-Ausgabe des „Odeur“ ein von zwei Freunden des Kaiserreichs — Granier de Cassagnac und Duc de la Fauconnerie — unterzeichnetes Aufsat: „Pas de défiance“ betitelt —, der für nichts weniger als mit großem Eifer für die Restauration des Kaiserreichs in Frankreich plaidiert. Das Document lautet:

„Der Kaiser ist todt! In ihm erlischt ein Gedanke voll von den Geschicken und der Größe Frankreichs, ein allen ohne Unterschied, besonders aber den Schwachen und Armen ergebener Herz, ein erhabener und ritterlicher Charakter, eine wohlwollende, sanfte und tröstende Seele, die nie einen Erfolg gesehen, ohne Beifall zu bezeigen, nie eine Thräne erblickt, ohne sie zu trocknen. Die erste Gemüthsbewegung nicht allein derer, welche ihn gekannt, ihm gedient, ihn geliebt haben, sondern auch aller derer, welche ihm während 18 Jahren die Sicherheit und das Wohlergehen ihrer Familien verdanken, wird die sein, tief zu seufzen über ein so großes Unglück, welches Frankreich und die kaiserliche Familie so plötzlich trifft. Aber diesen ungeheuren berechtigten Schmerz einmal angenommen und in dem Maße der möglichen Tröstungen befriedigt, bleibt allen Anhängern Napoleons III., den Generationen vom 10. Dezember 1848, welche ihn zur Präsidentschaft am 20. Dezember 1851 erhoben, die seine Gewalten am 20. Dezember 1852 heiligten, die am 8. Mai 1870 das Kaiserreich aufs neue sanctionierten — bleibt diesen übrig, die geheimnißvollen Schläge der Vorsehung mit Achtung, aber mit Stolz anzunehmen, sich an ihre Gelübde zu erinnern und sich bereit zu halten, sie zu erneuern. Der Kaiser ist todt, aber das Kaiserreich lebt und ist unzerstörbar; was dauert, sind nicht die Menschen, sondern die Institutionen. Der Tod Cäsars gründete das Kaiserreich des Augustus. Das Kaiserreich lebt durch das Bedürfnis, welches Frankreich nach populären und energischen Institutionen hat; es lebt durch den Schrecken, der die socialen Interessen bei dem plötzlichen Verschwinden eines Armes ergreifen wird, von dem sie wußten, daß er sie zu beschützen fähig und es zu thun entschlossen war; es lebt durch jenen jungen Erben des Namens und der Werke Napoleons, den kein Tadel, keine Verantwortlichkeit an den Unglücksfällen des Vaterlandes treffen kann; welcher, auf dem Throne geboren, seine Erziehung in dem Unglücke fortgesetzt und in der Verbannung beendet hat; es lebt durch jene intelligente und edle Frau, die lange genug im Glücke gelebt hat, um es zu begreifen, und im Unglücke, um ihm zu trosten. Endlich lebt es in der Sympathie, in der Achtung, in dem Mitleid Frankreichs, welches heute in allen bescheidenen Wohnungen, in allen Hütten sich kundgeben wird, wo der Name Napoleons angeschrieben und sein Porträt auf liebevolle Weise aufgehängt ist. Trocknen wir also unsere Thränen, ersticken wir unsere Seufzer und verhindern wir unsere Herzen, stärker und schneller zu schlagen, als es männlichen Naturen ansteht. Die Wiederherstellung des Kaiser-

reichs verliert einen Mann; es verliert keine einzige Aussicht, keine einzige Hoffnung. Nicht durch seine Bestrebungen oder selbst durch seine Handlungen, sondern durch seine Nothwendigkeit sichert ein politisches Regime seine Zukunft. Das Kaiserreich ist nun nothwendig für die öffentliche Ordnung, für die Interessen; Frankreich hat nothwendig, ein dauerhaftes Regime zu gründen, das auf starke volksthümliche Basen gestellt ist; es hat dessen nothwendig, um gegen die Gefahren zu beschützen, die näher gerückt sind denn je, und welche ihm seitens der Demagogie und des Socialismus drohen. Deshalb wird das Kaiserreich wieder hergestellt werden.“

### Politische Uebersicht.

Laibach, 17. Jänner.

Der „Bester U.“ erhält unterm 14. d. von seinem wiener Correspondenten nachstehende Mittheilung: „Unter dem Vorsitze des Fürsten Auersperg fand heute eine Ministerconferenz statt, in welcher das engere Ministercomité über den Erfolg seiner bisherigen Verhandlungen hinsichtlich der Vertheilung der Abgeordneten-sitze referierte und das vorhandene Material übersichtlich zusammengestellt wurde. Abgesehen von den Südländern und der Bukowina liegen jetzt die Ergebnisse dieser Verhandlungen aus allen Ländern vor und erübrigen nur noch wenige Stunden, um das Material vollständig beisammen zu haben. Was Galizien anbelangt, so hört man, daß zu den betreffenden Berathungen auch Freiherr v. Bosfinger zugezogen wurde, der als ehemaliger Statthalterleiter in Lemberg einen tiefen Einblick in die Landesverhältnisse hat und seiner ganzen Vergangenheit nach der Verfassungspartei nahe steht. Ich weiß nicht, ob die heutige Ministerconferenz die letzte war, die vor dem Einbringen der Reformvorlage stattfand, aber jedenfalls dürfte noch ein Ministerrath unter Vorsitz des Kaisers erforderlich sein. — Die Frage, ob die Dalmatiner im Abgeordnetenhaus erscheinen werden, ist schon erledigt, da dieselben bereits hier eingetroffen sind und die gegenwärtige Behauptung mündlich und persönlich dementieren.“ — Die Budgetdebatte wird im ungarischen Abgeordnetenhaus wahrscheinlich heute beginnen. Zahlreiche Redner sind bereits vorgemerkt; von der Rechten beabsichtigen außer Konhah Franz Pulszky und Ferdinand Eber große Reden zu halten; als Hauptredner der Linken wird Eduard Horn genannt. Was das Ergebnis der Verhandlungen betrifft, so steht heute schon so viel fest, daß dieselben auf keinen Fall zu einer Loslösung der sogenannten Konhah-Partei von dem Gros der Deut-Partei führen werden.

Die kirchlichen Gesetze in Preußen haben unter den Altconservativen eine Spaltung hervorgerufen. Nur ein Theil der Fraction wird gegen die Vorlagen, ein anderer für dieselben stimmen.

Ein pariser officielles Blatt meldet: „Die immer liberale und gemäßigtere Regierung zeigt sich sehr duldsam für alles, was den Charakter einer Ehrenbezeugung für das Andenken an den Souverän haben kann, der, als er vom Throne fiel, das Unglück hatte, Frankreich in den Abgrund herabzuziehen. Die Duldung darf aber nicht weiter gehen. Während der größte Theil der Journale auf diesem Terrain bleibt, gehen die exaltierten weiter und proclamieren Napoleon IV. Wenn den Traditionen zufolge und ungeachtet zweier förmlichen Abseignungsboten die Regierung duldete, daß der gestürzte

## feuilleton.

### Blut am Blut

oder:

#### Die Regimenter Piemont und Auvergne.

Novelle von Rudolph Müldener.

(Fortsetzung.)

VI.

Am 30. September erreichte der Marquis de Castries Köln, wo sich die seinem Commando unterstellten Truppen zu concentrirten hatten.

Piemont und Auvergne, als die beiden ältesten Regimenter des Corps, wurden in der Stadt einquartiert, und zwar ersteres auf dem Altmarkte, letzteres am Neumarkt, mithin entfernt genug von einander, um sich der Hoffnung hingeben zu können, daß während des kurzen Aufenthaltes in Köln, den die Verhältnisse erheischten, keine Ruhestörungen vorkommen würden.

Uebrigens war ohnedies seit der Verkündigung des Martialgesetzes, mehr aber noch in Folge der Wiedereröffnung des Feldzuges, der gegenseitige Haß zwischen Piemont und Auvergne in den Hintergrund getreten. Seit dem Abmarsche von Kassel hatten die beiden Regimenter keine Zeit mehr gehabt, ihre Privathandel fortzuspinnen, ja selbst die provocierende und für Auvergne in so hohem Grade verletzende Szene bei der von Herrn de Castries veranstalteten Réunion war ohne Folgen geblieben, wenigstens war von Seite Auvergne's bis jetzt eine Herausforderung unterblieben, was freilich noch lange nicht zu dem Schlusse berechtigte, daß der Friede dauernd hergestellt sei.

Für den Moment schien allerdings niemand mehr

daran zu denken, mit Ausnahme eines Einzigen, der sich des peinlichen Bewußtseins nicht erwehren konnte, daß zunächst nur ihm allein jener Affront gegolten habe.

Graf de Pourmel wurde in Folge dieser zu Boden drückenden Ueberzeugung ganz tiefstimmig. Er verlor alle Lust am Leben, selbst die Erinnerung an Gabriele vermochte ihn nicht aufzurichten, ja sie erhöhte im Gegentheil nur seine Melancholie. Das Gewicht seiner unverdienten Schwach lastete zentnerschwer auf ihm, und wer weiß, wie weit es mit ihm gekommen wäre, wenn sich der Chevalier seiner nicht angenommen und ihn zur Einwilligung in einen Vorschlag beredet hätte, der am geeignetsten war, eine der Beiseitdrückung des Grafen so nöthige Zerstreuung zu bieten.

„Wir wollen zusammen in ein Hotel ziehen,“ hatte der Chevalier gesagt. „Ein guter Tisch, eine gute Flasche Rheinwein und meine beständige Gesellschaft! Das wäre doch der Teufel, wenn dies nicht genügen würde, dich von deinem Trübfinne zu kurieren.“

Der Graf wollte anfangs nichts davon hören. Für ihn passe die Einsamkeit am besten, entgegnete er; er wolle von der Welt und den Menschen nichts mehr wissen, und so lange seine Unschuld an jenem schneulichen Verbrechen nicht klar dargethan sei, wolle er in der engsten Zurückgezogenheit leben, wenigstens so weit dies die dienstlichen Verhältnisse erlaubten.

Sein Widerstand war umsonst. Mit höchst eigener Machtvollkommenheit befahl der Chevalier dem Kammerdiener des Grafen, die Effecten seines Herrn in den ersten Gasthof zu tragen, den Grafen selbst aber nahm er unter den Arm, um mit ihm die Stadt zu besichtigen, während der Bediente den Umzug zu bewirken hatte.

Das Erste, was sie ansahen, war der Dom, der besonders auf de Pourmel einen mächtigen Eindruck

machte. Dessen kolossale Dimensionen, seine schlanken Säulen im Innern, seine Portale, Fenster und Nischen mit den gothischen Verzierungen imponierten auch dem Chevalier, und beide nahmen sich sehr ernstlich vor, den großartigen Bau nach seiner Vollendung wieder zu sehen, wenn sie bis dahin noch am Leben wären.

Von da aus begaben sie sich auf die Rheinbrücke und betrachteten sich den majestätischen Strom, dessen bewimpelte Schiffe einen äußerst belebten Anblick darboten.

Verführerisch blickte vom andern Ufer das freundliche Deuz herüber und schien die beiden Freunde zu einem Spaziergange einzuladen. Dieselben beschloßen aber in Berücksichtigung ihrer Ermüdung, dies auf ein anderes Mal zu verschieben, und blieben noch eine Weile auf der Brücke stehen, deren außerordentliche Frequenz sie genügend unterhielt.

Während sie die vielen Equipagen und Fußgänger an sich vorbeifließen ließen, kam auch ein Offizier von Piemont des Weges, der an ihnen vorüber mußte und dies so nahe that, daß er beinahe an sie anstreifte, wo er nur ganz leicht grüßte.

Es war jener Herr Bechet de Bierremalin, der beim Souper des Generals mit dem Anstoßen ein so insolentes und leider von seinen Regimentkameraden nur zu bereitwillig nachgeahmtes Beispiel gegeben hatte.

Beim Anblick dieses erfahrlen, abgelebten Gesichtes mit den häßlichen Zügen um den Mund und den herausfordernden Blicken seiner grauen, stehenden Augen vermochte Henry nur mit aller Mühe an sich zu halten. Gleich einem zündenden Blitze durchzuckte ein schwarzer Verdacht seinen Geist. War nicht dieser Bierremalin sein wahrer, sein eigentlicher, ja vielleicht sein einziger Feind? Diese Idee war ihm bis jetzt noch nicht gekommen, obwohl sie aus verschiedenen Gründen äußerst nahe

Herrscher Napoleon III. genannt wurde, so geschah dieses, weil eine Volksabstimmung ihm diesen Titel gegeben. Keine Volksabstimmung hat Napoleon IV. proclamiert, im Gegentheil sprach die Versammlung zweimal die Absetzung der kaiserlichen Dynastie aus. Es ist also gewiß, daß die Regierung nichts dulden wird, was eine Negation oder eine Verletzung der bestehenden Ordnung ist, welche von den Repräsentanten der Volkssouveränität geheiligt wurde." — Die „Agence Havas“ schreibt: „In parlamentarischen Kreisen wird einstimmig bestätigt, daß zwischen Thiers und der Dreißiger-Commission ein vollständiges Einvernehmen erzielt wurde. Die Commission beschäftigt sich nunmehr mit der Ausarbeitung des Berichts, in welchem die einzelnen Punkte aufgeführt werden, über die man sich verständigte.“

Der Auflösung des dänischen Reichstages steht bevor. Die in der Majorität befindliche Fraktion der vereinigten Linken hat, wie vorausgesehen wurde, erklärt, sie werde das Schulgesetz bei der zweiten Lesung vwerwerfen. Dasselbe bezweckt, das dänische Schulwesen, das heute noch ganz so wie zu Anfange des Jahrhunderts organisiert ist, im Sinne der in anderen Staaten seitdem gemachten Fortschritte weiterzubilden, hauptsächlich die Lernzeit zu erweitern, die Lehrer und Lehrmittel zu vermehren und die Staatsaufsicht über das Schulwesen zu organisieren.

Die genfer Regierung erklärte dem Bundesrathe, die Intervention des heiligen Stuhles in die inneren Angelegenheiten Genfs erscheine ihr als ein Attentat auf ihre Unabhängigkeit und Stillschweigen sei die würdigste Antwort; alle Proteste des Nuncios würden daher ad acta gelegt.

Der Staatsminister Spaniens erklärt in Beantwortung einer Interpellation, daß mit Amerika keinerlei Notenwechsel wegen der Sklavenfrage auf Cuba stattgefunden habe. Die Regierung beantragte die Aufhebung der Sklaverei als Beweissache und ohne irgendeine PreSSION von außen.

Wie der „Bidodan“ berichtet, richtete das Londoner Cabinet eine Note an seinen Gesandten in Constantinopel, worin England eine consequentere reformatorische Politik verlangt.

### Zur Actiengesetzgebung.

Die „Neue Wochenschrift für Politik und Volkswirtschaft“ theilt über den gegenwärtigen Stand der in Vorbereitung befindlichen Entwürfe zur österreichischen Actiengesetzgebung nachstehende Details mit:

„Schon vor längerer Zeit wurden im Ministerium des Innern fünf von einander gänzlich verschiedene Gesetzentwürfe ausgearbeitet, und zwar: 1. Ein Gesetz über Actiengesellschaften und Commanditgesellschaften auf Actien. 2. Gesetz über die Versicherungsgesellschaften. 3. Gesetz über Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften. 4. Gesetz über die Zulassung von ausländischen Gesellschaften zum gewerbsmäßigen Geschäftsbetriebe in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern. 5. Gesetz, womit das Vereinsgesetz vom 26. November 1852 gänzlich aufgehoben und die Behandlung einzelner Arten von Vereinen und Unternehmungen geregelt wird. Diese fünf Gesetzentwürfe wurden seinerzeit einer gemischten Ministerialcommission zur Begutachtung vorgelegt. Bevor diese Commission zu irgend einem Ent-

schluß gelangte, kam der unter Nummer 3 erwähnte, die Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften betreffende Entwurf zu absonderlicher Verhandlung. Die unter den Posten 2, 4 und 5 aufgeführten Gesetze basieren sämmtlich auf der Voraussetzung, daß auch für Versicherungsgesellschaften das Concessionsystem aufgegeben werde. Man hat nun gefunden, daß die Aufhebung der Titel über Versicherungsgesellschaften die Erlassung eines besonderen Versicherungsgesetzes bedinge, und daß bis zur Erlassung dieses letzteren nicht nur die Ueberwachung der Versicherungsgesellschaften durch Organe der Staatsverwaltung, sondern auch die Beibehaltung des Concessionsapparates unerlässlich sei.

Man ist zu der Ueberzeugung gelangt, daß das vorliegende Materiale zur Erlassung des Versicherungsgesetzes noch nicht ausreichte (?), daß es aber nicht angehe, mit der Aufhebung des Concessionswesens auch in allen übrigen Beziehungen zu warten. Als der drängendste Anwalt für Aufhebung des Concessionswesens im allgemeinen, mit Ausnahme der Versicherungsgesellschaften, wird uns der Finanzminister bezeichnet, welchem es auch zuzuschreiben ist, daß das Concessionswesen und die staatliche Ingerenz in die Sebarung der Actiengesellschaften sich in der letzten Zeit ihres Bestehens zur vollsten Schärfe entwickelten. So kommt es, daß im Justizministerium ein Gesetzentwurf ausgearbeitet wurde, welcher, von den Versicherungsgesellschaften abstrahierend, die Rechtsverhältnisse der Commanditen und Actiengesellschaften und die Zulassung ausländischer Gesellschaften dieser Art regeln soll. Wir glauben übrigens nicht, daß dieser Gesetzentwurf schnell zur parlamentarischen Verhandlung kommen werde, wir sind informiert, daß eben jetzt erst die Bildung einer gemischten mit dessen Ueberprüfung beauftragten Ministerial-Commission vollzogen wurde.“

Wie der „Bidodan“ berichtet, richtete das Londoner Cabinet eine Note an seinen Gesandten in Constantinopel, worin England eine consequentere reformatorische Politik verlangt.

Der Staatsminister Spaniens erklärt in Beantwortung einer Interpellation, daß mit Amerika keinerlei Notenwechsel wegen der Sklavenfrage auf Cuba stattgefunden habe. Die Regierung beantragte die Aufhebung der Sklaverei als Beweissache und ohne irgendeine PreSSION von außen.

(Fortsetzung folgt.)

Wie der „Bidodan“ berichtet, richtete das Londoner Cabinet eine Note an seinen Gesandten in Constantinopel, worin England eine consequentere reformatorische Politik verlangt.

Der Staatsminister Spaniens erklärt in Beantwortung einer Interpellation, daß mit Amerika keinerlei Notenwechsel wegen der Sklavenfrage auf Cuba stattgefunden habe. Die Regierung beantragte die Aufhebung der Sklaverei als Beweissache und ohne irgendeine PreSSION von außen.

### Tagesneuigkeiten.

— (Zur Adelsstatistik.) Im dritten Quartale des Jahres 1872 wurden von der Adels-Registatur des Ministeriums des Innern 35 für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder verliehene Adelserbhörungen in Evidenz gestellt. In 32 Fällen wurde der Ritterstand oder die einfache Adelnng, in drei Fällen der Freiherrnstand verliehen.

— (Den Haupttreffer der salzburger Lose, 40.000 fl.) gewann dem „P. N.“ zufolge ein in Preßburg wohnhafter pensionierter Hauptmann Herr Bonavia auf einen Ratenbrief.

— (Kinderlegen.) In Stammersdorf (Nied. Oesterr.) ist eine 51jährige Frau mit Vierlingen, zwei Knaben und zwei Mädchen, niedergekommen. Sämmtliche Kinder sind lebend zur Welt gekommen.

— (Jesuiten in Slavonien.) Die „Drau“ meldet, daß die Jesuiten durch Vermittlung des Bischofs Strozsmayer und einer Magnatin in Slavonien die Herrschaft Daruvar für 4 Millionen Gulden an sich gebracht haben.

— (Bei der Leichenfeier Napoleons) waren nach einem londoner Telegramme vom 16. d. gegen 60.000 Personen anwesend. Der kaiserliche Prinz wurde in Cambdenhouse mit dem Rufe: „Es lebe der Kaiser!“ empfangen, worauf er erwiderte: „Nein, der Kaiser ist todt, es lebe Frankreich!“

— (Großer Brand.) Wie aus New-York berichtet wird, brannte in Brooklyn Sonntag den 22. Dezember vor dem Gottesdienste eine Kirche nieder. Sie war eine der größten Kirchen in Amerika und hatte Sitz für 7100 Personen. Die größte Kirchenorgel in Amerika, die „bostoner Jubelorgel“, wurde bei der Gelegenheit gänzlich zerstört. Der Schaden wird auf 95.000 Doll. angegeben.

### Locales.

Aus dem Sanitätsberichte des Stadtphysikates in Laibach für den Monat Dezember 1872 entnehmen wir Folgendes: Den Krankheitscharakter des Monats betreffend, wurde derselbe als entzündlicher festgestellt, es kamen nämlich entzündliche Zustände der Respirationsorgane, Anginen, Entzündungen der Larynx, Tracheen und Bronchien und auch Lungenentzündungen besonders im kindlichen und Greisenalter vor, Gelenkrheumatismus, Variocellen, Variolais und vereinzelt Diphteritis, echte Blattern kamen in der Stadt nicht vor.

Die meteorologischen Beobachtungen betreffend, war der Monat Dezember gleich dem Monate November ein warmer und feuchter. Der mittlere Barometerstand betrug 734.37 Millimeter, das Maximum war 743.50 Millimeter den 31. Dezember, das Minimum 717.73 Millimeter den 4. desselben Monats, d. i. um 1.35 Millimeter niedriger als im Vormonat. — Das Monatsmittel der Temperatur betrug + 5.3° C, nachdem das Maximum 14.5° C. am 2. Dezember, das Minimum — 3.2° C. den 24. Dezember um 6 Uhr morgens beobachtet wurde, daher das Monatsmittel um 1.3° C. weniger als im Vormonat. Die vorherrschende Windrichtung war die südwestliche. — Die mittlere Tageswärme war immer einige Grade über dem Normale und betrug am 31. Dezember 12.3° C. über demselben. Die Feuchtigkeit betrug 90 pCt. der mit Dünsten gesättigten Luft. Der Himmel war meistens bewölkt und zeigte eine trübe Wolken- und Nebeldecke. Es gab 16 Tage mit Regen, und die Höhe des ganzen monatli-

chen Niederschlags betrug 184.60 Millimeter. Die bedeutenden Niederschläge hatten Ueberschwemmungen am Möörgrunde zur Folge, welche den Saaten Nachtheil brachten. Die Mortalität betreffend, betrug die Sterblichkeit im Monate Dezember 1872 die Zahl 46; und zwar 22 männliche und 24 weibliche Individuen. — Erwachsene starben 32 und Kinder 14. — Im Civilspitale starben 19 Personen, im Zwangsarbeits-hause 2, im Elisabethkinder-spitale 1 Kind, im Versorgungshause 2 Individuen, in der übrigen Stadt 22. — Todtgeborene wurde ein Kind. Selbstmord fiel keiner vor. — Die Krankheiten betreffend in Hinsicht auf die Häufigkeit, in der sie als Todesursache auftraten, so starben an Tuberculose und Fehrfieber 12 Personen, d. i. 26<sup>2</sup>/<sub>3</sub> pCt.; an Lungenlähmung 7, d. i. 15<sup>1</sup>/<sub>2</sub> pCt.; an Wassersucht 4, d. i. 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> pCt.; an Marasmus und Schlagfluß je 3, d. i. 6<sup>1</sup>/<sub>2</sub> pCt.; an Pyämie, Convulsionen und Keuchhusten je 2, d. i. 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> pCt.; an Typhus, Nephritis, Gehirn-lähmung je 1, d. i. 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> pCt. An Brechdurchfall, Ruhr und Blattern starb niemand. Der Civilspitalsausweis für den Monat Dezember 1872 ergibt Folgendes: Verbleiben mit Ende November 1872 254, im Dezember 1872 zugewachsen 187, Summe 441. Davon wurden im Dezember entlassen 184, gestorben sind 19, Summe 203, verbleiben demnach mit Ende Dezember 1872 238 Personen in Behandlung. Es starben 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> pCt. des Krankenstandes und 9<sup>3</sup>/<sub>10</sub> pCt. des Abganges.

Von den 818 mit Ende November 1872 verbliebenen Findlingen kamen 38 in Abfall, daher mit Schluß Dezember 1872 780 in Landesverpflegung verblieben.

Vorherrschend war auf der medizinischen Abtheilung des Civilspitales der entzündliche Charakter; Lungenentzündungen und sieberhafte Bronchialkatarrhe waren am häufigsten, auch Wechselfieber war häufig. Die durch subcutane Injectionen gesetzten Einschnüffnungen entzündeten sich und zerfielen in mehreren Fällen. Typhusfälle kamen in diesem Monate 2 zur Behandlung, einer genos und einer starb. Blattern, Ruhr oder Brechdurchfall kamen auf der medizinischen Abtheilung nicht zur Behandlung.

Auf der chirurgischen Abtheilung vorherrschend Verletzungen, begleitet von Wund-Erysipelen, die Wunden unrein, der Heiltrieb ungünstig, seit Blatternkrankheit ins Spital aufgenommen werden, welche Thatsache alljährlich sich wiederholt, daher ein eigenes Blatternspital unbedingt nothwendig ist.

Syphilitische Abtheilung zugleich Abtheilung für Hautkrankheiten. Im Laufe des Monats Dezember 1872 sind 3 Kranke mit echten Blattern aufgenommen worden, hievon ist einer gesund entlassen worden, 2 sind noch in Behandlung verblieben.

Zu der Gebäranstalt kam ein Puertpralprozeß vor, sonst keine endemische noch epidemische Erkrankung.

Im k. k. Garnisonsspitale ergab sich im Monate Dezember 1872 zufolge Berichtes folgende Kranktenbewegung:

Am letzten November 1872 sind Kranke verblieben 110, bis zum letzten Dezember sind zugewachsen 123 Summe 233; davon wurden geheilt entlassen 109, ungeheilt 13 und gestorben ist 1, Summe des Abganges 123; verbleiben mit Ende Dezember 1872 10.

Der Locostand der Garnison sammt Umgebung war 2653, es erkrankten somit davon 46 pCt.; vom Krankenstande starben 0.43 pCt., von den Entlassenen 0.82 pCt.

Der herrschende Krankheitscharakter war der entzündliche. Der Tod erfolgte in dem einen Falle an Lungenentzündung.

— (Beim heutigen ersten Tanzkränzchen) in der Schießstätte wird sich dem Vernehmen nach die Elite der tanzlustigen Welt Laibachs zahlreich einfinden. Die Herren Arrangeure haben der Ausstattung der Tanz-, Conversations- und Restaurationslocalitäten ein besonderes Augenmerk zugewendet. — Am 8. Februar wird in den Localitäten der hiesigen Schießstätte ein Handlungsball abgehalten. Die Vorbereitungen hiezu sind bereits im lebhaftesten Zuge. — Auch die hiesige freiwillige Feuerwehr beabsichtigt in den genannten Räumen ein Tanzkränzchen zu arrangieren. — In der hiesigen Schießstätte werden also im Verlaufe des Faschings anstatt Pulver und Blei — Amors Pfeile abgeschossen und der holden Terpsichore viele Stunden gewidmet werden.

— (Neue Eintheilung des Offizierscorps der zwei krain. Landwehrbataillone.) Krainisches Landwehrbataillon Rudolfsmerth Nr. 24. Im Stande: Hauptleute I. Klasse: Simunich Leopold, Souvent August, Winter Anton; Oberlieutenants: Friber Franz Emil, Wagner Franz, Lamta Alfred; Lieutenants: Panozzi Ferdinand, Pfof Johann, Stibel Eduard, See Friedrich. In der Evidenz: Hauptmann I. Klasse Honnig Heinrich. — Krain. Landwehrbataillon Laibach Nr. 25. Im Stande: Hauptleute I. Klasse: Zelouscheg Ritter v. Bichtenau Heinrich, Bresquar Jakob; Hauptmann II. Klasse: Negrelli Ritter v. Woldebe Alois; Oberlieutenants: Höffern Ritter v. Soalfeld Otto, Lehmann Edler v. Wilhelm; Lieutenants: Klerr Duolar, Franzl Karl, Gruden Johann, Beyer Karl. In der Evidenz: Hauptmann I. Klasse Gallat Franz; Lieutenant Brumen Martin.

— (Die Versicherungsbank „Slovenija“) betraute die Herren Med. Doctoren Ambrozič und Paulič mit der Constatierung des Gesundheitszustandes der der Lebensversicherungsabtheilung beitretenden Personen.

— (Die Citalnica in Tschernowbi) arrangiert am 19. d. eine Befehda.

(Der hiesigen freiwilligen Feuerwehr) sind als beitragende Mitglieder beigetreten: Frau Anna Mayer mit 5 fl., die Herren Mathias Gregorich mit 15 fl. und Erasmus Seunig mit 5 fl.

(Der Arbeiter-Krankenunterstützungs- und Invalidenverein) hat seine Statuten nunmehr abgeändert und den hiesigen Verhältnissen angepasst. Zuerst wurde die vollkommene Trennung des Krankenvereins vom Arbeiter-Bildungs-Vereine durchgeführt. Mitglied des Vereines kann jeder Arbeiter und jede Arbeiterin werden, welche 16 Jahre alt, körperlich gesund und arbeitsfähig ist. Männer dürfen nicht das 45., Weiber nicht das 40. Jahr überschritten haben. Jedes Mitglied, welches vom Vereinsarzte als zur Aufnahme in den Verein fähig befunden wird, zahlt 1 fl. Einschreibgebühr und weiters einen wöchentlichen Beitrag von 10 kr. Wer acht Wochen dem Vereine als Mitglied angehört und erkrankt, erhält eine Unterstützung von 5 Gulden per Woche durch 26 Wochen. Dauert die Krankheit fort, so wird durch weitere 26 Wochen eine Unterstützung von je 2 fl. 50 kr. geleistet. Stirbt ein Mitglied, so wird an seine Angehörigen ein Leichenkostenbeitrag von 30 fl. geleistet; in Ermanglung von Angehörigen wird vom Vereine ein anständiges Leichenbegängnis besorgt. Weibliche Mitglieder, welche durch 9 Monate dem Vereine angehört haben, erhalten im Entbindungsfalle, einen Entbindungsbeitrag per 10 fl. Die männlichen Mitglieder des Krankenvereines müssen auch Mitglieder des Invalidenvereines sein. Als solche zahlen sie einen wöchentlichen Beitrag per 5 kr., welche mit dem Krankenvereinsbeitrag zugleich bezahlt wird. Wer durch zehn Jahre Mitglied des Invalidenvereines ist, erhält, wenn er erwerbsunfähig wird und sich die Erwerbsunfähigkeit nicht im Kriege zugezogen hat, einen wöchentlichen Unterstützungsbeitrag per 3 fl., welchen der Invalidenverein genießen kann, wo er will. Vereinsarzt ist Dr. Bosnjak, welcher für den Verein jeden Sonntag und Feiertag von 10-11 Uhr im Vikariats-Hause ordnet. Wir können diesen humane Tendenzen verfolgenden Verein dem Publicum und den arbeitenden Klassen bestens empfehlen.

(Zur Lehrerstatistik.) Krain zählt bei dreihundert slowenische Lehrer; in den Vorjahren 1871 und 1872 wanderten 22 Lehrkräfte aus Krain nach Steiermark und 4 nach Kärnten aus. Von den im Jahre 1872 absolvierten Lehramtskandidaten Krains erhielt der größte Theil Anstellungen in den Nachbarländern.

(Für Beamtenkreise.) Der Verwaltungsrath des ersten allgemeinen Beamtenvereines beschloß, zur Wahrung der Interessen der Staatsbeamten eine neue Denkschrift der Regierung und Reichsvertretung vorzulegen und in derselben mit allem Nachdruck für die Modificirung der jüngsten Regierungsvorlagen einzutreten. Die Ausführungen des betreffenden Schriftstückes gelangen zu folgenden Schlüssen: Erhöhung der Gehalte namentlich in der ersten inclusive siebenten Rangklasse, Normirung kürzerer Termine der Altersvorrückung, allgemeine Quinquennial-Alterszulagen, periodische Revision der Activitätszulagen, Beseitigung jeder Altersgrenze für den Staatsdienst, Auflassung der Diensttaxen, Mitwirkung des Beamtenstandes bei Verwaltung des Pensionsfonds, Einbeziehung des Lehrstandes, der Universitäts- und Bibliotheksbeamten in die einheitliche Gehaltsregulierung, Berücksichtigung der wiener Beamten anlässlich der Weltausstellung. — In einer wiener Correspondenz der „Bohemia“ wird diese Denkschrift einer eingehenden Kritik unterzogen. Als die Hauptpunkte in dieser Eingabe werden bezeichnet die Erhöhung der Gehalte in der XI. inclusive VII. Rangklasse, allgemeine Einführung der Alterszulagen, Einbeziehung der Quartiergehälter und Activitätszulagen in die Pensionsberechnung und Beseitigung jeder Altersgrenze für den Staatsdienst, Einbeziehung des Lehrstandes in die allgemeine und einheitliche Gehaltsregulierung, Auflassung der Carentaxen und Mitwirkung des Beamtenstandes bei der Verwaltung des Pensionsfonds. Der Correspondent bemerkt zu diesen Vorschlägen, daß dieselben die Rücksicht auf die Staatsfinanzen ganz und gar außer acht lassen. Wären

dieselben überhaupt finanziell durchführbar, dann müßte ihnen unbedingt der Vorzug vor der Regierungsvorlage eingeräumt werden, die in manchen Bestimmungen den fiscalischen Standpunkt allzu ängstlich wahr und den Gesinnung der gesteigerten Bezüge an Bedingungen knüpft, welche geradezu an die goldenen Äpfel der Hesperiden erinnern. Aufgabe des Finanzausschusses werde es sein, hier die richtige Mitte zu treffen. Daß diese Aufgabe eine schwierige, verhehle sich der Finanzausschuß ebensowenig, wie er darüber im klaren sei, daß die Vorlage keineswegs so rasch erledigt sein werde, als wie dies den Wünschen der Beamten entspräche, insbesondere wenn der Finanzausschuß den Boden der Regierungsvorlage verlassen und sich neuen Prinzipien zuwenden werde. Allerdings sei an einer eventuellen Verzögerung auch die außerordentliche Divergenz der zutage getretenen Wünsche schuld, eine Erscheinung, die freilich von den Mängeln der Vorlage Zeugnis gebe, die aber deshalb bedauerlich sei, weil sie die Lösung der Frage zu einer so schwierigen gestaltet habe, daß man in den Reichen des Finanzausschusses bereits die Frage ventilieren soll, ob man nicht der Regierung das Laborat zur Umarbeitung nach neuen Grundzügen zurückstellen solle.

(Theaterbericht vom 17. d.) Herr Kott präsentirte sich dem vollen Hause in Grubers „Meineldbauer“ in der Titelrolle als eminenter Charakterdarsteller. Herr Kott hat das Gebirgsleben, seine Sitten und Gebräuche, seine Tracht wohl aufgefaßt. Der Künstler war in den Szenen mit Franz und Broni meisterhaft. Reicher Beifall, unzählige Hervorrufe auf offener Szene und nach den einzelnen Aufschlüssen wurden Herrn Kott zu theil. Kräftige, recht lobenswerthe Unterstützung fand der freundliche Gast in den Herren Carode, Ausim, Röder und in den Damen Brand und Krosel. Des Gebirgsdialektes besonders mächtig waren die Herren Ausim Widaner und Frau Krosel. — Wir hoffen, Herrn Kott im letzten Gastspiele — am 18. d. M. — auch in einer lustigen, heiteren, komischen Partie auftreten zu sehen. Das theaterfreundliche Publicum wünscht in der Faschingsaison Lustiges zu vernehmen; es ist der in den letzten zwei Tagen — wohl nur auf der Bühne — vorgefallenen Todesjenen müde geworden; es will lachen, um so mehr, da es allbekannte Thatsache, daß Herr Kott eine bedeutende Dosis von komischer Kraft voll heiterer Laune und Gemüthlichkeit sein eigen nennt.

(Aus dem Amtsblatte.) Kundmachungen betreffend 1. die Herstellung der Telegraphenleitung von Rudolfswerth an die ungar. Grenze; 2. die Zuspung in Laibach. — Verordnung betreffend die Durchführung des Wassergesetzes in Krain.

(Veränderungen in der Diocese Laibach.) Herr Damian Pavlic wurde von Preßerje nach Brunnendorf übersezt.

### Neueste Post.

(Original-Telegramm der „Laibacher Zeitung.“)

Wien, 17. Jänner. Die „W. Abendpost“ meldet: Die Mittheilungen einiger Blätter über die Details der Wahlreformvorlage, insbesondere über Vertheilung der Abgeordnetenzahl auf einzelne Länder und Wahlgruppen, riefen mannigfache Beunruhigung hervor. Wir sind in der Lage zu versichern, daß diese Angaben vielfach irrig sind, erst die Vorlage im Reichsrathe wird ein richtiges Bild der Vertheilung gewähren.

Wien, 17. Jänner. Sr. Majestät der Kaiser haben gestern Audienzen zu erteilen und u. a. den Grafen Revertea, den Oberst Grafen Löbl v. Szendrö zc. zc. zu empfangen geruht.

Wien, 17. Jänner. In der gestrigen abgehaltenen ersten Sitzung der von den beiderseitigen Regierungen ernannten Bankcommissionen wurden die Legitimationen der Commissäre geprüft und Herr v. Schoen zum

Schriftführer gewählt. In der nächsten auf Montag den 20. d. M. anberaumten Sitzung werden erst die eigentlichen meritorischen Verhandlungen beginnen.

Wien, 17. Jänner. Der Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses hielt gestern eine Sitzung ab, in der das Budget des Handelsministeriums zur Berathung kam. Die einzelnen Posten des Budgets gaben zu einer größeren Debatte nur wenig Anlaß, und wurden die Ziffern, wie sie von der Regierung eingestellt worden waren, genehmigt.

### Telegraphischer Wechselkurs

vom 17. Jänner.  
Papier-Rente 66.75. — Silber-Rente 71. — 1860er Staats-Anlehen 103.75. — Bank-Actien 991. — Credit-Actien 330. — London 108.70. — Silber 106.70. — K. t. Münz-Ducaten —. — Napoleonsd'or 8.65.

### Handel und Volkswirthschaftliches.

Die Versicherungsbank „Slovenija“ macht in der Femeabtheilung recht gute Geschäfte. Nach dem eingesehenen Abschlusse am 16. d. wurden bereits 2379 Policen ausgefertigt. Nachstehende Ziffern werden die Thätigkeit des heimatischen Institutes näher beleuchten: Directe Versicherungen 4.433.522 fl., retrocedirte Versicherungen 3.196.865 fl., zusammen 7.630.387 fl. — Prämien bar 32.342 fl., in Wechseln 52.183 fl., zusammen 84.525 fl.; hievon ab Rückversicherungen 19.202 fl., Storni 2897 fl., eine Prämie 62.426 fl. ö. W.

### Verstorbene.

Den 10. Jänner. Friedrich Anzinger, Zwängling, 14 J., im Zwangsarbeitshause Nr. 47 an Peritoritis.  
Den 11. Jänner. Andreas Lazar, Inwohner, 60 J., Civilspital, an Erschöpfung der Kräfte. — Maria Leber, Inwohnerin, 60 J., Civilspital, an Marasmus. — Dem Franz Oblak, Honsbister, sein Kind Johann, 1 1/2 J., Grabischavorstadt Nr. 66 an brennlicher Nierenkrankheit.  
Den 12. Jänner. Maria Müller, Bürgerpräsidentin, 73 J., Stadt Nr. 72, Lungenlähmung. — Margaretha Zalat, Inwohnerin, 66 J., Civilspital an Erschöpfung der Kräfte.  
Den 14. Jänner. Dem Karl Zupancic, Fabrikarbeiter, sein Kind Franz, 1 Jahr 1 Monat und 6 Tage, Stadt Nr. 54, und dem Franz Smolle, Bahnhof-Schlosser, sein Kind Maria 5 Tage, St. Peterborstadt Nr. 149 beide an Krämpfen. Johann Cerne, Diurnist, 28 Jahre, Krafaunvorstadt Nr. 28 an der Lungen-tuberculose. — Ludwig Baron Mac-Neven O'Kelly, jubil. k. l. Gubernialrath, 78 Jahre, Stadt Nr. 221 an der Lungenlähmung.  
Den 15. Jänner. Dem Martin Platin, Feizer, sein Kind Martin, 2 Monate, Stadt Nr. 87, Krain. — Stefan Tercek, Inspector der „Patria“, 62 Jahre, Krafaunvorstadt Nr. 17 Lungenentzündung.

### Angekommene Fremde.

Am 16. Jänner.  
Hotel Elephant. Taushy, Vogl, k. t. Lieutenant, und Kuprecht, Wien. — Boischein, Treich. — Zabornegg, Neumarth. Hotel Stadt Wien. Papal und Fessel, k. t. Ober-Finanzrath, Wien.  
Hotel Europa. Intancic, Stiger und Kofoschineg, Fiume.  
Bairischer Hof. Laufe, Strien. — Omachen, k. t. Bezirksrichter, Graz.  
Kaiser von Oesterreich. Weidemann mit Frau, Potsdam.

### Theater.

Heute: Letzte Gastvorstellung des Herrn C. M. Kott. Der alte Infanterist und sein Sohn der Suvar. Vasse mit Gesang in 3 Abtheilungen von Dur. Musik von Müller.

### Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Jänner	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° Grad Celsius	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Richtung des Windes	Wetter (nach dem Wetterglas)
17.	6 U. M.	742.66	+ 2.2	NW.	Schwach	trübe
	2 „ M.	739.22	+ 5.1	NW.	Schwach	trübe
	10 „ Ab.	735.46	+ 4.3	SW.	Mäßig	trübe

Wolkendecke dicht geschlossen. Barometer im raschen Fallen. Das Tagesmittel der Wärme + 3.9°, um 6.0° über dem Normal.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.

**Börsebericht.** Wien, 16. Jänner. Man kann den Verlauf der Böse insofern als einen günstigen bezeichnen, als Schrankenwerthe große Festigkeit zeigten und Spielpapiere annähernd wie gestern notieren. Es ist jedoch die Thatsache nicht zu übersehen, daß die Course bedeutend tiefer schließen, als sie begannen, und daß dieser Rückgang durch starke Realisirungen veranlaßt wurde; speciell die Anglo-Actie notiert um 5 fl. tiefer als gestern, nachdem sie um ein Bedeutendes über gestrigem Course gestanden hatte.

A. Allgemeine Staatsschuld für 100 fl.		Geld Ware		Geld Ware		Geld Ware			
Einheitliche Staatsschuld zu 5 pCt.	in Noten verzinsl. Mai-November	Wiener Communalanlehen, rückzahlbar 5 pCt. für 100 fl.	85.—	85.25	Kranz-Joseph-Bahn	219.—	220.—		
Februar-August	66.70	66.85	B. Actien von Bankinstituten		Lomb.-Oesterr.-Jassy-Bahn	—	—		
Silber	Jänner-Juli	70.80	71.—	Anglo-Oesterr. Bank	241.50	292.—	Siebenb. Bahn in Silber verz.	87.75	88.25
Anlehen v. 1839	April-Oktober	70.80	71.—	Bankverein	368.—	370.—	Staatsb. 3%, à 500 fr. „ 1. Em.	129.—	130.—
1854 (4 pCt.) zu 250 fl.	309.—	310.—	Creditanstalt	277.—	279.—	Südb.-G. 3%, à 500 fr. pr. Stück	108.—	108.50	
1860 zu 500 fl.	94.—	95.—	Creditanstalt für Handel u. Gew.	325.20	325.75	Südb.-G. à 200 fl. zu 5% für 100 fl.	92.70	92.90	
1860 zu 100 fl.	103.—	103.25	Creditanstalt, allg. ungar.	176.—	176.0	Südb.-G. Bonds 6% (1870-74) à 500 fr. pr. Stück	—	—	
1860 zu 100 fl.	123.50	124.50	Depositenbank	129.50	130.50	Ung. Ostbahn für 100 fl.	75.25	75.50	
1864 zu 100 fl.	142.25	142.75	Escomptegesellschaft, n. ö.	115.—	116.—	Ung. Ostbahn für 100 fl.	75.25	75.50	
Staats-Domänen-Pfandbriefe zu 120 fl. ö. W. in Silber	113.50	114.—	Franco-Oesterr. Bank	129.—	129.50	Ung. Ostbahn für 100 fl.	75.25	75.50	
B. Grundentlastungs-Obligationen für 100 fl.		Geld Ware		Geld Ware		Geld Ware			
Böhmen zu 5 pCt.	94.—	95.—	Nationalbank	985.—	987.—	Ung. Ostbahn für 100 fl.	75.25	75.50	
Saltzien	5	76.50	Unionbank	258.—	28.50	Ung. Ostbahn für 100 fl.	75.25	75.50	
Niederösterreich	5	94.50	Bereitsbank ex Bez. K.	207.—	207.50	Ung. Ostbahn für 100 fl.	75.25	75.50	
Oberösterreich	5	88.50	Verkehrsbank	239.—	241.—	Ung. Ostbahn für 100 fl.	75.25	75.50	
Siebenbürgen	5	76.50	E. Actien von Transport-Unternehmungen		Geld Ware		Geld Ware		
Steiermark	5	90.—	Alföds-Humaner-Bahn	172.—	173.—	Ung. Ostbahn für 100 fl.	75.25	75.50	
Ungarn	5	78.50	Böhm. Westbahn	—	—	Ung. Ostbahn für 100 fl.	75.25	75.50	
C. Andere öffentliche Anlehen		Geld Ware		Geld Ware		Geld Ware			
Donau-Regulierungs-Lose zu 5 pCt.	96.—	96.50	Karl-Ludwig-Bahn	227.50	228.—	Ung. Ostbahn für 100 fl.	75.25	75.50	
Ung. Eisenbahnanlehen zu 120 fl. ö. W. Silber zu 5 pCt. pr. Stück	99.25	99.75	Donau-Dampfschiff-Gesellschaft	631.—	633.—	Ung. Ostbahn für 100 fl.	75.25	75.50	
Ung. Prämienanlehen zu 100 fl.	101.75	102.25	Eisabeth-Westbahn	245.—	247.—	Ung. Ostbahn für 100 fl.	75.25	75.50	
			Eisabeth-Westbahn (Einz. = Bundesweiser Strecke)	—	—	Ung. Ostbahn für 100 fl.	75.25	75.50	
			Ferdinands-Nordbahn	2192.—	2197.—	Ung. Ostbahn für 100 fl.	75.25	75.50	
			Gänstirchen-Barcefer-Bahn	—	—	Ung. Ostbahn für 100 fl.	75.25	75.50	